

Die Bundesinitiative Gender Budget (BiGBudget)

Die "Bundesinitiative Gender Budget" (BiGBudget) arbeitet seit Mitte 2006. Sie entstand aus der „Berliner Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung“ heraus und verfolgt das Ziel, die Strategie Gender Budgeting auch auf Bundesebene zu verankern. Sie ist europaweit mit weiteren Gender Budgeting Initiativen vernetzt.

Die Bundesinitiative besteht aus Frauen und Männern, die sich als BeraterInnen, WissenschaftlerInnen und politisch Engagierte seit langem mit der Umsetzung von Gender Budgeting in Theorie und Praxis befassen.

Warum Gender Budgeting?

Gender Budgeting ist eine wirkungsvolle Strategie zur Erfüllung des verfassungsrechtlich verankerten Gleichstellungsauftrages. Sie ist international und auf europäischer Ebene erprobt.

Im Koalitionsvertrag heißt es, die wirksame Umsetzung von § 2 GGO¹ soll durch angemessene und notwendige Instrumente sichergestellt werden und weiter: „Wir werden einmal in jeder Legislaturperiode einen ‚Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern‘ vorlegen und in einer nachfolgenden Regierungserklärung Fortschritte aufzeigen, die verbliebenen Defizite offen legen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen darlegen.“

Eine solche wirksame Umsetzung einschließlich der notwendigen Instrumente und Berichterstattung kann unserer Meinung nach nur durch ein konkretes Monitoring von Gleichstellung auch in der Haushaltspolitik erfolgen. Dies umfasst nicht nur eine systematische Analyse der Gleichstellungswirkungen (Gender Impact Assessment) der Ausgabenseite, sondern auch eine Überprüfung des Steuerrechts, der sonstigen Einnahmen (z.B. durch Privatisierung), der fiskalpolitischen und makroökonomischen Weichenstellungen. Auch wenn diese Bereiche gerne als „geschlechtsneutral“ markiert werden: Die Forschung zeigt seit langem, dass auch abstrakt wirkende Politikbereiche (positive oder negative) Gleichstellungswirkungen haben, da diese direkt oder indirekt immer auf Menschen wirken (sollen) und somit auf Frauen und Männer in ihrer Vielfalt und auf Geschlechterverhältnisse (Gender).

¹ In § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien heißt es: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesministerien in ihren Bereichen gefördert werden (Gender-Mainstreaming)“.

Die Bundesregierung hat eine Arbeitsgruppe Gender Budgeting eingerichtet und eine Machbarkeitsstudie zur Umsetzung von Gender Budgeting in Auftrag gegeben, die Ende März 2006 abgeschlossen wurde. Auf der Grundlage dieser Studie sollte bis zum Frühsommer 2006 ein Bericht mit konzeptionellen Vorschlägen zur Implementierung von Gender Budgeting auf Bundesebene vorgelegt werden².

Bislang fehlt es sowohl an einer Veröffentlichung der Ergebnisse der Studie als auch an konkreten Umsetzungsschritten. Demgegenüber haben viele Regierungen in Europa und weltweit Gender Budgeting auf nationaler Ebene bereits eingeführt (zum Beispiel Österreich, Großbritannien und Frankreich). Zudem gibt es auf europäischer Ebene Bestrebungen Gender Budgeting als Strategie zu etablieren³.

Das heißt: Die Bundesregierung muss heute aktiv werden, möchte sie internationalen Standards sowie selbst gesteckten Zielen genügen. Zumindest zu Wahlkampfzeiten beurteilten alle Parteien Gender Budgeting als sinnvolles Instrument⁴. Nun sind konkrete Handlungsschritte gefragt.

Kontakt:

Die Bundesinitiative steht Interessierten offen. Wir sind dankbar für Unterstützung durch Engagierte aus Wissenschaft, Beratung und Politik. Derzeit arbeiten mit:

- Ulrike Spangenberg
- Petra Ahrens
- Renée Parlar
- Manfred Köhnen
- Dr. Regina Frey
- Iciar Oquinena
- Margarete Tanzmann

E-Mail: bigbudget@gender-budgets.de

² Newsletter v. 02.05.2005, <http://www.gender-mainstreaming.net/gm/Aktuelles/newsletter,did=28142.html>; ebenso Antworten der SPD zum Fragenkatalog der Gender Budget Initiativen in München, Köln und Berlin, August 2005, www.gender-budgeting.de.

³ Siehe Communiqué des Nordischen Rats, Unifem, OECD sowie des Commonwealth Secretariats, http://www.idrc.ca/gender-budgets/ev-66856-201-1-DO_TOPIC.html

⁴ Antworten der Parteien auf den Fragenkatalog der Gender Budget Initiativen in München, Köln und Berlin, August 2005, www.gender-budgeting.de.
